



Ablehnung der Erhöhung der Kreisumlage auf 58 %

Die vom Regierungspräsidenten geforderte Erhöhung der Kreisumlage auf 58 % ist auch im Hinblick auf die kommunalen Finanzen der Kreiskommunen ein Weg in die falsche Richtung.

Nicht nur der Landkreis ist stark überschuldet, sondern auch die meisten Kommunen dieses Landkreises. Mit der geforderten Erhöhung der Kreisumlage wird dem Großteil der Kommunen des Kasseler Landes die „Luft zum Atmen genommen“, haben doch mehr als 80 % nicht mal das Geld, für ihre eigenen Pflichtaufgaben, denn sie wirtschaften mit einem nicht gedeckten Haushalt. Den Kommunen mit defizitären Haushalten wird von der Kommunalaufsicht vorgeschrieben, ein Konsolidierungskonzept zur Genehmigung der Haushalte zu erarbeiten. Aber was nutzen alle erfolgreichen Sparbemühungen der Kommunen, wenn diese mit der Erhöhung der Kreisumlage dann mit einem Schlag wieder zunichte gemacht werden. Nur ganz wenige reiche Kommunen können ohne Probleme die Erhöhung der Kreisumlage finanzieren.

Es kann nicht sein, dass das Land auf der einen Seite – weil es selbst nicht in der Lage ist, mit seinen eigenen Haushalt verantwortungsvoll zu wirtschaften und mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auszukommen, die Schlüsselzuweisungen massiv kürzt und damit die Kommunen landauf und landab in den Ruin treibt,-und auf der anderen Seite über das Regierungspräsidium den Landkreis zwingt, die Kommunen ein weiteres Mal finanziell zu sanktionieren und die Kreisumlage zu erhöhen.

Das ganz fatale dabei ist, dass die Schraube der Forderungen an die Kommunen noch nicht am Ende ist. Wenn jetzt auch noch die geplante Änderung der Hessischen Kreisordnung umgesetzt wird, haben die Landkreise zusätzlich die Möglichkeit, bestehende Fehlbeträge der Vorjahre durch die Städte und Gemeinden auszugleichen. Dies führt unweigerlich zu einer weiteren Erhöhung der Kreisumlage über die bisher max. 58 % hinaus. Die Kommunen werden weiter ausgeblutet.

Die Kreisumlage zu erhöhen – also den Kommunen in die Kasse zu greifen, um den eigenen Haushalt zu sanieren - löst auch nicht das grundsätzliche Problem des Kreishaushaltes, weil damit das Loch ohnehin nicht zu stopfen ist. Vielmehr muss endlich auch auf Kreisebene intensiver gespart werden. Außerdem darf der Gesetzgeber dem Landkreis keine Aufgaben delegieren, ohne den entsprechenden Finanzrahmen dafür bereitzustellen.

Oder die Kommunen mit „Mogelpackungen“ zu locken, die sich hinterher nicht als Entlastung sondern als Belastung erweisen, wie z.B. das Konjunkturförderprogramm oder das Schlaglochprogramm. Beide als „Geschenk“ angepriesen, Geschenke, die die Kommunen aber langfristig viel Geld kosten bzw. weitere Einnahmeverluste nach sich ziehen.



Wenn eine Familie so wirtschaften würde, hätte sie längst keinen Geldgeber mehr gefunden und wäre pleite. Das müssen wir uns vor Augen halten. .

Aus diesen Gründen halten wir es für richtig, auf einer anderen Ebene prüfen zu lassen, ob diese vom RP geforderte zwangsweise Erhöhung der Kreisumlage rechtens ist.

Die CDU spricht in ihrem kürzlich veröffentlichten Papier von der Stärkung des ländlichen Raumes

„Wir wollen, dass der ländliche Raum auch in Zukunft seinen Bewohnern eine gute Heimat ist. Die Menschen sollen auch morgen noch ein gutes und chancenreiches Leben führen können und die Potentiale der Regionen genutzt werden. Durch gezielte Anpassungsschritte kann eine von rückläufiger Bevölkerungsentwicklung betroffene Region neue Perspektiven entwickeln: Hier wollen wir ansetzen. Unsere Leistungen für den ländlichen Raum können sich sehen lassen.“

Wir kann ich vor allem in strukturschwachen Regionen, und das sind wir hier größtenteils, als Kommune attraktiv werden / bleiben, wenn mir die finanziellen Rahmenbedingen genommen werden? Wie kann ich die Bevölkerung halten oder vielleicht interessant für einen Zuzug machen, wenn ich die Infrastruktur schwäche? Die Kommunen sind nicht in der Lage, einfach über steigende Einnahmen die Haushalte zu konsolidieren, sondern fast nur über Ausgabenreduzierungen.

Die Haltung der CDU in der Diskussion um die Erhöhung der Kreisumlage ist für uns an keiner Stelle nachvollziehbar, sind es doch gerade die Fehlentscheidungen der CDU-geführten Landespolitik, die die Kreise und Kommunen in diese finanziellen Misere geführt haben.

Mit dieser Entscheidung werden die Kommunen geopfert.